

Pressemitteilung

Gummersbach, den 10.12.2015

Grüne gegen Geschäftsfelderweiterung der OAG

Die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberberg spricht sich gegen eine geplante Geschäftsfelderweiterung der Oberbergischen Aufbaugesellschaft (OAG) aus.

Die Geschäftsführung der OAG schlägt der Gesellschafterversammlung am 15.12.2015 eine Satzungsänderung zur Geschäftsfelderweiterung u.a. für die Bereiche der Energiegewinnung und Gebäudewirtschaft vor. Hintergrund dieser geplanten Erweiterung der Geschäftsfelder ist die Tatsache, dass die OAG im laufenden und in den zurückliegenden Geschäftsjahren Verluste erwirtschaftet hat.

Die GRÜNEN sind skeptisch, ob diese Maßnahme zur Verbesserung der OAG-Bilanz beiträgt, zumal die neuen Geschäftsfelder steuerpflichtig sind und somit ein möglicher Angebotsvorteil wegfällt. Es steht eher zu befürchten, dass die Jahresfehlbeträge noch steigen und die Rücklagen, aus denen die Fehlbeträge ausgeglichen werden, noch schneller aufgebraucht sind. Sollte dies der Fall sein, so werden die Verluste über die Kreisumlage an die Kommunen weiter gegeben. Daher sollten sich nach Meinung der GRÜNEN die Kommunen als Gesellschafter der OAG auch gut überlegen, ob sie dieser Satzungsänderung zustimmen.

Weiterhin befürchten DIE GRÜNEN, dass die OAG mit ihren neuen Geschäftsfeldern als möglicher Konkurrent zu bestehenden kommunalen Entwicklungsgesellschaften bzw. Energieanbietern auftritt. Darüber hinaus besitzt die OAG in diesen Bereichen bisher weder Kompetenz noch Personal und müsste beides zunächst einkaufen.

Aus Sicht der Grünen wäre es sinnvoller, wenn die Kommunen entweder selbst in diesen Bereichen Aktivitäten entwickeln (evtl. in interkommunaler Zusammenarbeit mit einer oder mehreren Nachbarkommunen) oder z.B. auf die Energieunternehmen (z.B. AggerEnergie; Stadtwerke), an denen sie beteiligt sind, einwirken, damit solche Aufgaben von diesen wahrgenommen werden. Wenn die Aufgabe der OAG, deren Hauptzweck in der Vergangenheit die Entwicklung neuer Gewerbeflächen war, erfüllt ist, sollte ernsthaft über eine geordnete Abwicklung der OAG nachgedacht werden.

Jürgen Grafflage, der Vertreter der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberberg, hat im Aufsichtsrat der OAG gegen die geplante Geschäftsfelderweiterung gestimmt.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Grafflage,
stellv. Fraktionssprecher
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberberg



Helmut Schäfer,
Fraktionssprecher
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberberg